

Bidens Schattenkabinett

Weltgrößter Vermögensverwalter Blackrock profitiert von Konjunkturprogrammen und übernimmt Schlüsselpositionen in der US-Regierung

Simon Zeise

Wachablösung im Weißen Haus. Bislang hatten die Investmentbanker von Goldman Sachs ein Abo auf Führungspositionen. Sie stellten drei der letzten vier Finanzminister. Doch das scheint sich zu ändern. »Government Sachs«, wie die Banker bislang wegen ihrer Nähe zur Regierung genannt wurden, sind unter Präsident Joseph Biden bislang leer ausgegangen.

Statt dessen gewinnt der weltgrößte Vermögensverwalter Blackrock an Einfluss im Kabinett. Brian Deese, der zuletzt den Bereich »nachhaltiges Investieren« leitete, wird nationaler Wirtschaftsberater; »Senior Advisor« Adewale Adeyemo stellvertretender Finanzminister.

»Investmentbanken sind in der Folge der Finanzkrise und der Reregulierung in den USA nicht mehr die Masters of the Universe«, sagte Börsenexpertin Heike Buchter gegenüber jW. Buchter berichtet seit Jahren von der Wall Street in New York. Ihr Buch »Blackrock: Eine heimliche Weltmacht greift nach unserem Geld« ist im vergangenen Jahr bereits in zweiter Auflage erschienen. Sie sagt, die »uncoolen« Vermögensverwalter hätten den Goldmännern den Titel abgenommen. »Und Blackrock ist mit Abstand der größte und der einflussreichste der neuen Herrscher der Wall Street.« Die Verbindungen zwischen dem Vermögensverwalter und der Regierung seien sehr eng. »Ehemalige Obama-Offizielle wie Brian Deese, Bidens wichtigster Berater, gingen zu Blackrock und überwinterten dort die Trump-Jahre. Jetzt sind sie wieder in Washington.« Blackrock-Chef Laurence »Larry« Fink sei bereits für die Rolle als Hillary Clintons Finanzminister ins Spiel gebracht worden, unter der Regierung von Donald Trump habe er eher Abstand gehalten.

Entscheidend sei, dass Blackrock in der Krise mehr als eine Billion Dollar an verwaltetem Vermögen eingesammelt hat. »Profitiert hat der Konzern von der Rekordjagd der Börse, bei der viele Anleger dabei sein wollten«, erläuterte Buchter. Ganz konkret habe die Rettungsaktion der Federal Reserve (Fed), der US-Notenbank, Fink geholfen. Die Notenbank habe Unternehmensanleihen und sogar ETF, also Anleihefonds, gekauft, um die Kreditmärkte zu stabilisieren. »Das hat für einen regelrechten Run auf solche Fonds gesorgt, und davon hat Blackrock mit seinen Fonds kräftig profitiert. Das heißt, es floss mehr Kapital zu, und damit generierten sie mehr Verwaltungsgebühren für Blackrock.« Das Pikante daran sei: »Die Kriterien für das Anleiheaufkaufprogramm der Fed wurden von Blackrocks Beratungseinheit entwickelt«, so Buchter. Der Vermögensverwalter entwarf also die Konjunkturprogramme, von denen er später profitierte, und nahm im nächsten Schritt zentrale Posten der US-Regierung ein. Buchter sagte hierzu: »Die Fed und Blackrock verweisen natürlich auf die Trennung zwischen dem Fondsgeschäft und der Beratungstätigkeit.«

Trotzdem hat der Vorgang zumindest ein Geschmäckle. Auf jW-Nachfrage erklärte Blackrock, der Konzern habe als »Treuhänder der Federal Reserve« agiert. Daher habe man dieses Mandat nach »alleinigem Ermessen der Fed« und in Übereinstimmung mit deren detaillierten Anlagerichtlinien ausgeführt, um die Kreditmärkte umfassend zu unterstützen und das Ziel der Regierung zu erreichen, den Zugang zu Krediten für US-Unternehmer und die US-Wirtschaft zu unterstützen. Punktum. Fink handelt also nur im Auftrag der Regierung. Zur Personalpolitik werde man sich nicht äußern.

Der Blackrock-Chef kann also jede Verantwortung von sich weisen, sich zurücklehnen und genüsslich zusehen, wie der Vermögensverwalter von den Rettungspaketen der Regierung profitiert: »Ich denke, wir werden den Markt im Jahr 2021 weiterhin stark sehen«, sagte Fink am 14. Januar gegenüber CNBC. Die Aktienmärkte hätten noch »Room to run«. Die Zinsen seien tief, und die Wahrscheinlichkeit, dass die Geldpolitik expansiv bleibt, sei hoch. Deshalb würden Anleger weiterhin in die Märkte getrieben.

Damit alles weiterhin so geschmiert läuft, ist bei Blackrock Barbara Novick da. Sie steht an der Spitze der Blackrock-Lobbyorganisation »Global Public Policy Group«, die mit einem Etat in Höhe von 25 Millionen Dollar in Washington die Finanzmarktregulierung aufweichen soll. Denn Fink habe eine »krankhafte Angst« davor, dass der Finanzkonzern als »systemrelevant« eingestuft wird, berichtete die Wirtschaftswoche am 15. Januar mit Verweis auf dessen Vertraute. Würde Blackrock mit diesem Attribut versehen, müsste sich der Vermögensverwalter strengeren Regeln unterwerfen. Dann stünde Fink wieder auf einer Stufe mit den ordinären Investmentbankern.

<https://www.jungewelt.de/artikel/395585.finanzhaie-bidens-schattenkabinett.html>